



**Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.**

Littenstraße 10 | 10179 Berlin | T: +49 (0)30 20613250 | info@deutscher-verband.org | www.deutscher-verband.org  
Repräsentanz in Brüssel: 3, rue du Luxembourg | 1000 Brüssel, Belgien | T: +32 (0)2 5501610

## **Fachübergreifende, integrierte Konzepte rund um das Wohnen im Alter**

Expertise aus dem Modellprogramm „Anlaufstellen für  
ältere Menschen“ des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



### **Impressum**

Deutscher Verband für Wohnungswesen,  
Städtebau und Raumordnung e.V.,  
Littenstraße 10, 10179 Berlin

Geschäftsstelle des Modellprogramms „Anlaufstellen für ältere Menschen“  
des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Autoren und Redaktion

Uta Bauer  
(Büro für Integrierte Planung)

Dr. Ingeborg Beer, Julia Grünky  
(Stadtforschung + Sozialplanung)

Michael Färber, Nadja Ritter, Franziska Schlesinger  
(Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.)

2. Überarbeitung, Berlin März 2016

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorbemerkungen</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Demografische Entwicklungstrends und lokale Zukunftsaufgaben</b> .....	<b>5</b>
2.1. Strukturelle Aspekte demografischen Alterns.....	5
2.2. Regionale und lokale Unterschiede .....	8
2.3. „Alten“politik in der Kommune – oder „Stadt und Gemeinden für alle Lebensalter“?.....	9
2.4. Neue Herausforderungen benötigen neue Leitvorstellungen .....	9
<b>3. Konzeptelemente und Beispiele</b> .....	<b>12</b>
3.1. Was zeichnet fachübergreifende, integrierte Konzepte aus? .....	12
3.2. Integrierte Konzepte für städtische und ländliche Räume .....	14
3.3. Konzeptelemente: Von der Ist-Analyse zur finanzierbaren Umsetzung.....	16
<b>4. Im Fokus: Handlungsfelder und Empfehlungen</b> .....	<b>20</b>
4.1. Handlungsfeld 1: Wohnen und Wohnumfeld.....	20
4.2. Handlungsfeld 2: wohnortnahe Beratung, Information, Öffentlichkeitsarbeit.....	24
4.3. Handlungsfeld 3: Grundversorgung, Dienstleistungen, soziale und kulturelle Infrastruktur .....	26
4.4. Handlungsfeld 4: Soziale und kulturelle Teilhabe.....	28
4.5. Handlungsfeld 5: Mobilität, Nahmobilität .....	30
4.6. Handlungsfeld 6: Bürgerschaftliches Engagement für und von älteren Menschen ..	33
4.7. Handlungsfeld 7: Nachbarschaftliche Unterstützung, soziale Netzwerke .....	35
4.8. Handlungsfeld 8: Gesundheit, Pflege und Betreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger .....	36
4.9. Handlungsfeld 9: Kooperation und Vernetzung.....	37
<b>5. Kooperative und partizipative Herangehensweisen bei der Vernetzung</b> .....	<b>40</b>
<b>6. Anhang</b> .....	<b>42</b>
6.1. Literaturnachweise und -hinweise .....	42
6.2. Presseartikel.....	44



## 1. Vorbemerkungen

Der demografische Wandel ist ein „Schlüsselthema der Politikgestaltung in den Kommunen“ (Sarcinelli /Stopper 2006: 1), der alle Altersgruppen und Handlungsfelder betrifft. Gleichwohl ist der fokussierte Blick auf die älteren Menschen in den Städten und Gemeinden von großer Bedeutung. Neben ihrem zahlen- und anteilmäßigen Anstieg ist es die *Heterogenisierung* des Alters, wodurch sich die kommunalen Aufgaben und Planungen verändern. Die Senioren- und Pflegepolitik auf Grundlage von Bundes- und Landesgesetzen zu gestalten, ist die eine Seite – die kontinuierliche Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen, damit ältere Menschen ihr alltägliches Leben bis ins hohe Alter gut meistern und am sozialen Leben teilhaben können, die andere.

Deshalb gehören traditionelle Altenhilfepläne der Sozialämter, die sich ausschließlich auf den Versorgungs- und Unterstützungsbedarf im Pflege- und Hilfebereich konzentrieren, weitgehend der Vergangenheit an. Auch wenn der Begriff „Altenhilfeplan“ erhalten blieb, so werden inzwischen breit angelegte Strategien entwickelt und Gesamtkonzepte erstellt. Auch werden altersrelevante Fragen als Querschnittsthema aller Politikfelder stärker berücksichtigt: in der Stadtentwicklung, in Wohnungsbau und Gesundheitswesen, Kultur und Bildung.

Der Siebte Altenbericht widmet sich dem Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“. Er geht der Frage nach, „welchen Beitrag die kommunale Politik und örtliche Gemeinschaften leisten können, um die soziale, politische und kulturelle Teilhabe und eine möglichst lange selbständige Lebensführung älter werdender Menschen sicher zu stellen sowie ein aktives Altern in Selbst- und Mitverantwortung zu unterstützen“ (BMFSFJ: Homepage).

Das Förderprogramm *Anlaufstellen für ältere Menschen*, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegt und vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. als Geschäftsstelle betreut wird, unterstützt den Paradigmenwechsel sowohl auf der investiven, sozial-integrativen wie konzeptionellen Ebene.

Die *fachübergreifenden, integrierten Konzepte rund um das Wohnen im Alter* sind Gegenstand dieser Expertise.

Folgende Leitfragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Welchen Herausforderungen müssen sich Kommunen mit dem demografischen und sozialen Wandel stellen? Welche Konzepte und Planungen sind dafür hilfreich? Auf welche räumlichen Ebenen beziehen sich diese?
- Was zeichnet sozialräumlich ausgerichtete, fachübergreifende und integrierte Konzepte für eine älter werdende Bewohnerschaft aus? Welche Handlungsfelder kristallisieren sich rund um das Wohnen heraus?



- Welche Vorgehensweisen in der Erstellung werden gewählt? Welche Empfehlungen lassen sich aus den Erfahrungen ableiten?

In Teil I werden die demografischen und sozialen Herausforderungen beschrieben, die für *fachübergreifende, integrierte Konzepte rund um das Wohnen im Alter* von Bedeutung sind, wird auf den Strukturwandel des Alterns und aktuelle Herausforderungen eingegangen. Im weiteren Teil II geht es um die Konzepte selbst. Dabei werden Ergebnisse und Erfahrungen aus den Groß-, Mittel- und Kleinstädten sowie den ländlichen Regionen aufgezeigt. Von besonderer Bedeutung dabei sind die beispielhaften Empfehlungen, die sich auf neun Handlungsfelder beziehen. Auch wird auf den Erstellungsprozess der Konzepte eingegangen, der durchweg kooperativ und kommunikativ angelegt war.



## 2. Demografische Entwicklungstrends und lokale Zukunftsaufgaben

Alle Kommunen und Landkreise müssen sich heute schwierigen demografischen und sozialen Entwicklungstrends stellen und ihre Zukunftsplanungen auf eine älter und differenzierter werdende Bewohnerschaft ausrichten.

### 2.1. Strukturelle Aspekte demografischen Alterns

#### Generelle Rahmenbedingungen: Demografisches Schrumpfen und Altern

Die grundlegenden Änderungen in Bevölkerungszahl und -zusammensetzung sind Ergebnis der ansteigenden Lebenserwartung, einer niedrigen Geburtenrate sowie des Wanderungsverhaltens. Relativ wenige Städte oder Regionen – dazu zählen Berlin, Hamburg, München, Köln oder Dresden – verbuchen derzeit Bevölkerungswachstum durch Zuzug jüngerer Haushalte. Doch auch bei ihnen steigt der Anteil der älteren Menschen über 60 Jahren an der Gesamtbevölkerung an. Insbesondere nehmen Zahl und Anteil der Hochbetagten über 80 Jahre stark zu: Offiziellen Prognosen zufolge wird sich die Zahl der über 80-Jährigen von heute etwa 4 Mio. bis 2030 auf 6,3 Mio. und bis 2050 auf über 10 Mio. erhöhen (Destatis 2009/2014).

#### Heterogenität des Alter(n)s: Lebenslagen und Milieus

Mit der steigenden Lebenserwartung nimmt die Heterogenität des Alters zu. Es gibt junge, mittelalte und hochbetagte Alte, gesunde und aktive, finanziell gut abgesicherte und gebildete sowie kranke und benachteiligte Menschen, die mit vielfältigen Einschränkungen und unter schwierigen finanziellen Lebensumständen leben. Auch unterscheiden sich ältere Menschen zunehmend hinsichtlich ihrer kulturellen Wurzeln und ihrer Lebensweisen in Stadt und Land. Eine weitere Ausdifferenzierung des Alters ist absehbar, denn die älteren Menschen von morgen leben schon heute. Trotz aller Unwägbarkeiten prognostischer Perspektiven werden sich folgende Entwicklungen weiter verstärken:

- Ein zentrales Erfordernis – und die Berichte der Bundesregierung sowie des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend unterstreichen dies – liegt darin, die Perspektive pauschaler Problem- und Defizitzuschreibung zu verlassen und ältere Menschen in ihren **vielfältigen Lebenslagen** als Individuen wahrzunehmen: „Unterschiede bestehen in den körperlichen und geistigen Fähigkeiten und in der Ausstattung mit sozialen, gesundheitlichen und materiellen Ressourcen. Auch die Entwicklungsverläufe im höheren Lebensalter können zwischen verschiedenen Individuen höchst unterschiedlich sein“ (BMFSJ 2012: 26). Im Sechsten Altenbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2010 wurden

realistische und differenzierte gesellschaftliche **Altersbilder** eingefordert, die der Heterogenität des Alters Rechnung tragen (BMFSJ 2010).

- In vielen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen wird die **Milieuzugehörigkeit** für die Verschiedenheit der Lebenslagen und der Altersbilder als bedeutsam angesehen. Dass ältere Menschen keine homogene Gruppe sind und ihre Lebensstile, Werte, Kompetenzen und Sehnsüchte nicht weniger vielfältig sind als in jüngeren Altersgruppen, beschreibt das Marktforschungsinstitut *Sinus Sociovision* und unterteilt die Lebenswelten der Menschen ab 50 Jahre in folgende acht Gruppen (vgl. Borgstedt):<sup>1</sup>

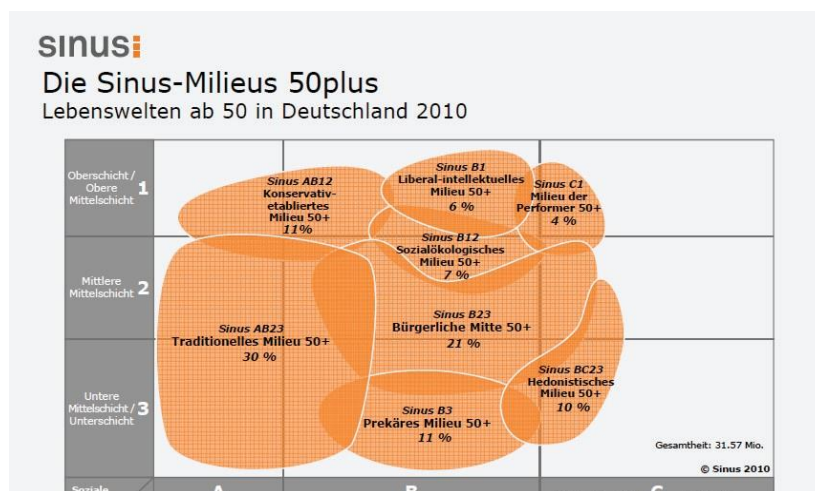


Abbildung 1: Die Sinus-Milieus 50plus. Lebenswelten ab 50 in Deutschland 2010, Quelle: Sinus 2010, ebd.

- Zwar bilden die Älteren derzeit noch die Bevölkerungsgruppe mit dem geringsten Armutsrisiko, doch ist zu erwarten, dass die Altersarmut künftig stark ansteigen wird, denn die **soziale Ungleichheit** im Alter steht in engem Zusammenhang zur Altersvorsorgepolitik und zu den individuellen Erwerbsbiografien. Die Schere zwischen älteren Menschen, die finanziell durch Renten, Vermögen und Erbe gut abgesichert sind und jenen mit ungesicherten und nicht ausreichenden Existenzlagen klafft zunehmend auseinander. Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten (Hausarbeit, Kinderbetreuung) bewirken sinkende Rentenansprüche. Die Teilhabechancen an Gesundheitsversorgung und Wohnen, bei Konsum, Freizeit und Engagement werden für viele ältere Menschen sinken.
- Ein relativ neues Thema ist die **kulturelle Differenzierung des Alters**. Vor fünf Jahren waren 1,8 Millionen Menschen, also etwa 9 Prozent der Menschen mit Migrationshinter-

<sup>1</sup> Im Integrierten Handlungskonzept Berlin Moabit-West wurde auf die Sinus-Milieus Bezug genommen, jedoch steht dieser Ansatz der Zielgruppendifferenzierung klein- räumig kaum zur Verfügung



grund über 60 alt. Für das Jahr 2030 werden etwa 2,8 Millionen ältere Menschen mit Migrationshintergrund prognostiziert (Ünal 2011: 8). Aufgrund der Zuwanderungsgeschichte sind es derzeit mehr Männer als Frauen. Auch für sie gelten die allgemeinen Umstände des Alterns – und auch sie sind eine sehr heterogene Gruppe. Auffällige Unterschiede zeigen sich durch die „deutliche sozialstrukturelle Schlechterstellung dieser Bevölkerungsgruppe insbesondere im materiellen und im gesundheitlichen Bereich“ (Hahn 2011: 57). Die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Angeboten in den Städten und Quartieren bleibt deshalb eine besondere Herausforderung.

### **Das potenzielle „familiäre Unterstützungsumfeld“ schrumpft**

Ein weiterer Entwicklungstrend von gesellschaftlicher und kommunalpolitischer Bedeutung betrifft die familiären Unterstützungs- und Pflegestrukturen. Heute werden von den insgesamt 2,6 Millionen Pflegebedürftigen 71 Prozent zu Hause versorgt – die anderen leben vollstationär im Heim. Zwei Drittel der zu Hause lebenden Pflegebedürftigen werden allein durch (überwiegend weibliche) Angehörige gepflegt, ein Drittel mit Hilfe oder durch ambulante Pflegedienste (vgl. Aktuelle Pflegestatistik, Stat. Bundesamt 2013).

Dieses familiäre Unterstützungsumfeld aber wird abnehmen. Dazu tragen die rückläufige Geburtenrate, die Berufstätigkeit der Frauen sowie die veränderten Formen des Zusammenlebens und der Singularisierung bei (wachsender Anteil der Geschiedenen, Verwitweten und Singles sowie Tod des Partners bei den Hochbetagten). Hinzu kommt, dass die so genannte multilokale Mehrgenerationenfamilie, bei der jede Generation allein wohnt und ihren Haushalt bestreitet, längst zur vorherrschenden Familienform geworden ist – die Distanzen zwischen den Wohnorten dürften weiter zunehmen.

Angesichts der schwächeren Bindungskräfte an Ehe, Kernfamilie oder die multilokale Mehrgenerationenfamilie verringern sich die verlässlichen privaten Unterstützungsformen. Zwar gibt es auch gute Beispiele für nachbarschaftliche und wohnortbezogene Hilfebeziehungen, entstehen Kontaktbörsen im Internet und nimmt die Kommerzialisierung von Dienstleistungen zu, doch wird es für die verlässliche häusliche Pflege neuer gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedürfen. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg sieht es als erforderlich an, dass „zukünftig neue Angebote der Verzahnung von Wohnen und Pflege entwickelt werden, um die Überforderung der sozialen Sicherungssysteme, des ‚Pflegemarktes‘ und der Zahlungsfähigkeit der Betroffenen zu vermeiden“ (MIR 2006: 4). Da sich der Bedarf an Pflegeheimen erst langfristig erhöhen wird, ist dies eine Aufgabe im nächsten Jahrzehnt. Darauf haben auch einige der vorliegenden kommunalen Konzepte hingewiesen und die Bedeutung des Quartiers für die mittelfristige Neuausrichtung von Pflegeeinrichtung betont: Öffnung zum Quartier, Organisation von Teilhabe, Mobilität etc. werden wichtiger.



## 2.2. Regionale und lokale Unterschiede

Die beschriebenen Entwicklungstrends betreffen ländliche und urbane Siedlungsräume unterschiedlich stark und vollziehen sich uneinheitlich.

Besonders negative Auswirkungen hat der demografische und soziale Wandel für die **ländlich-strukturschwachen Regionen**, da die jüngere und gut ausgebildete Generation, davon überdurchschnittlich viele Mädchen und junge Frauen, ihre Heimatorte verlassen. Besonders betroffen sind die ostdeutschen Bundesländer, der Norden Hessens, der Süden Niedersachsens, das Saarland sowie die nordostbayerischen Grenzregionen. Hier nehmen die Einwohnerzahlen überdurchschnittlich ab und der Anteil der Älteren stark zu. Die Relation zwischen Alt und Jung entwickelt sich mehr als ungünstig und vollzieht sich mit hoher Dynamik. In der **Region Coburg** beispielsweise liegt der Anteil der über 80-Jährigen bereits 45 Prozent über dem bayerischen Durchschnittswert (Kraft 2012).

Es gibt auch Kommunen und Regionen, die ihre **Schrumpfdynamik verlangsamen** oder wieder Wachstum durch Zuwanderung generieren können. Dies gilt zwar in erster Linie für Großstädte, aber auch für manch kleine Städte und Gemeinde. Vorteile haben diejenigen, die sich als Wohnort für ältere Menschen mit Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Ärztezentren und Kliniken empfehlen und dafür eine entsprechende Infrastruktur geschaffen haben (vgl. Die Welt 27.07.2011). Kur- und Badeorte, sowie landschaftlich und touristisch attraktive Orte ziehen jüngere bildungs- und kulturorientierte Seniorinnen und Senioren an. Mit den Ruhestandswanderungen verringern sich die Bevölkerungsverluste und wird die örtliche Wirtschaft durch erhöhte Kaufkraft gestärkt. Doch führt dies auch dazu, dass mehr und neue Versorgungsangebote und Dienstleistungen für hochbetagte Menschen entwickelt werden müssen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012: 18).





### 2.3. „Alten“politik in der Kommune – oder „Stadt und Gemeinden für alle Lebensalter“?

Der *Zielgruppenblick*, der allein auf ältere Menschen gerichtet ist, erweist sich als begrenzt. Zum einen findet Älterwerden „im Kontext des gesellschaftlichen Zusammenlebens *aller Generationen*“ statt. Die Gesellschaft ist als Ganzes von „seniorenpolitischem“ Handeln betroffen (vgl. Bertelsmann Stiftung/Sozialplanung), Demografiepolitik in hohem Maße Gesellschaftspolitik. Doch selbst der alle Altersphasen umfassende Zielgruppenblick stößt an Grenzen. Denn die Menschen leben an *Orten* und in *sozialen Räumen* mit fördernden oder benachteiligenden Rahmenbedingungen und ungleicher Lebensqualität. Deshalb unterstreicht das Kuratorium Deutsche Altershilfe die Hinwendung zur Sozialraumorientierung: „Es geht darum, die Orte – wo die Menschen leben – als Lebensraum so zu gestalten, dass die Lebensentwürfe der einzelnen Menschen möglichst gut umsetzbar sind. Es geht um Sozialraumorientierung und nicht nur darum, dass Pflege und Betreuung im Quartier angeboten werden“ (KDA 2009: 12).

Sozialräumlich orientierte Konzepte zeichnen sich dadurch aus,

- dass sie einen ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier bzw. Gemeinwesen verfolgen,
- die Nutzung von positiven Wechselwirkungen und damit Synergieeffekten ermöglichen,
- im Zusammenspiel der einzelnen Faktoren eine höhere Effektivität ermöglichen als Einzelbausteine (vgl. ebd.).

Dies gilt auch für die fachübergreifenden, integrierten Konzepte im Förderprogramm *Anlaufstellen für ältere Menschen*.

### 2.4. Neue Herausforderungen benötigen neue Leitvorstellungen

Die beschriebenen Entwicklungen und Aufgaben erfordern adäquate Leitbilder für kommunales Handeln. Bei den vorliegenden Konzepten sind es insbesondere drei Prinzipien, die eine große Rolle spielen:

- **Selbstbestimmt leben und teilhaben können:** Dieses Leitbild ist dominierend. Der Wunsch der meisten älteren Menschen richtet sich darauf, lange selbständig in der eigenen Wohnung und im angestammten Lebensumfeld bleiben zu können, auch wenn sich alters- oder krankheitsbedingte Einschränkungen bemerkbar machen. Dies ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Die Stadt Göttingen, die ihrem Konzept den Titel „Selbstständig älter werden im Quartier“ gegeben hat, zählt für ihre vier bearbeiteten Quartiere ein umfassendes Bündel von Maßnahmen und Innovationen auf, beispielsweise die barrierefreie Gestaltung der Wohnungen und des Wohnumfelds, die Einbeziehung privater Vermieter, neue Wohn-



Pflege-Modelle, ermäßigte Kurzstreckentickets in Bussen, innovative Verkehrskonzepte wie Shared Space.

- **Aktiv Altern:** Das *Konzept aktiven Alterns* wurde von der Weltgesundheitsorganisation WHO in den neunziger Jahren entwickelt. Darunter „versteht man den Prozess der Optimierung der Möglichkeiten von Menschen, im zunehmenden Alter ihre Gesundheit zu wahren, am Leben ihrer sozialen Umgebung teilzunehmen und ihre persönliche Sicherheit zu gewährleisten, und derart ihre Lebensqualität zu verbessern“ (WHO 2002). Auch in den so genannten Altenberichten der Bundesregierung findet sich dieses Verständnis. Bezogen auf das Individuum, aber auch hinsichtlich der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung ergibt sich die Forderung, ausreichend soziale, kulturelle und präventive Angebote zum Erhalt und zur Förderung von Aktivität im höheren und hohen Alter zu schaffen. Für die sogenannten jungen Alten, die in hohem Maße fit und aktiv sind, über Ressourcen und Kompetenzen verfügen und ein hohes Engagementpotenzial mitbringen, scheint dies naheliegend. Aber auch in sehr hohem Alter und bei gesundheitlichen Einschränkungen wird dem „aktiven Altern“ große Bedeutung beigemessen.
- **Ambulant vor stationär.** Nach dem Sozialgesetzbuch XII besteht ein grundsätzlicher Vorrang der ambulanten Hilfen (Einzelwohnung, Wohngemeinschaft) vor den stationären Hilfen (Wohnen im Heim). Das Prinzip ist auch in der Sozialen Pflegeversicherung (§ 43 Abs. 1 SGB XI) gesetzlich verankert. Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) prüft bei der Begutachtung der Pflegebedürftigkeit regelmäßig, ob die vollstationäre Pflege erforderlich ist. Auch nach dem Sozialhilferecht werden Heimkosten nur übernommen, wenn der Hilfesuchende heimpflegebedürftig ist (vergleiche § 61 Abs. 1 Satz 2 zweiter Halbsatz SGB XII). Das Sozialhilferecht sieht eine Reihe von Leistungsansprüchen vor, die die ambulante Versorgung und die Weiterführung des eigenen Haushalts ermöglichen sollen (§§ 63 Satz 1, 64 - 66, 70 SGB XII) (vgl. Pflege-Wiki).



Folgende Aussagen aus dem Integrierten seniorenpolitischen Handlungskonzept Taufkirchen (2015) mögen stellvertretend für alle anderen den Zusammenhang von konzeptionellen Zusammenhängen und seniorengerechter Quartiersentwicklung verdeutlichen:

„Quartierskonzepte sind innovativ und zukunftsweisend, weil sie

- auf die Kooperation professioneller und ehrenamtlicher Helfer setzen,
- Menschen aller Generationen Teilhabe an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes, ihrer Nachbarschaft ermöglichen,
- die Akteure vor Ort miteinander vernetzen,
- im sozialen Nahraum die Aspekte des Wohnens, der sozialen Belange, der Pflege und sozialen Unterstützung als ein gemeinsames Handlungsfeld verstehen.“

(Konzept Taufkirchen: 97)

„Eine seniorengerechte Quartiersentwicklung hat zum Ziel,

- die Begegnung von Jung und Alt zu fördern,
- eine umfassende Altenhilfe umzusetzen,
- die Seniorenarbeit als eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe zu verankern,
- den Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe durch freie Träger zu sichern sowie
- das vorhandene Potenzial bürgerschaftlichen Engagements zu aktivieren
- und auch für die Aufgaben der Seniorenarbeit zu nutzen.

Konkret geht es auch darum, den Senior/innen zu ermöglichen, sich innerhalb der Gemeinde und des Quartiers/der Nachbarschaft ungehindert (barrierefrei) und eigenständig zu bewegen und die für sie wichtigen Örtlichkeiten erreichen zu können. Es gilt, die Wege zu Einrichtungen des täglichen bzw. regelmäßigen Bedarfs seniorengerecht zu gestalten. Die enge konzeptionelle Verwandtschaft des seniorengerechten Quartierskonzepts mit dem bundesweiten Programm „Soziale Stadt“, in das Taufkirchen aufgenommen worden ist, soll auch in einer engen Abstimmung und Kooperation beider Aufgabenbereiche zum Ausdruck kommen.“

(Konzept Taufkirchen: 97)



### 3. Konzeptelemente und Beispiele

Es gibt mehrere Konzeptarten, die sich älteren Menschen widmen, in denen ihre Lage beschrieben oder Handlungserfordernisse aufgezeigt werden. Sie entstehen zu bestimmten Anlässen, verfolgen unterschiedliche Ziele und Aufgabenstellungen, können stärker theorie- oder handlungsorientiert sein. In den fachübergreifenden, integrierten Konzepten können folgende einzelne Ansätze auch miteinander verwoben sein:

- *Adressatenbezogene Konzepte:* Sie beschäftigen sich entweder mit einer bestimmten Altersgruppe (junge Alte, Hochaltrige) oder stellen Menschen mit bestimmten Einschränkungen oder Erkrankungen in den Mittelpunkt (Demenz Erkrankte, ältere Menschen mit Behinderung, Angehörige).
- *Organisations- und strukturbezogene Konzepte:* Sie werden von öffentlichen oder freien Trägern für ihre Einrichtung(en) erstellt, beispielsweise für ein Familienzentrum oder einer Begegnungsstätte (Wohnungsunternehmen, Kommune), für Beratungs- und Betreuungsangebote (AWO, Caritas, Volkssolidarität etc.) oder auch die *Anlaufstellen für ältere Menschen*.
- *Thematische und fachbezogene Konzepte:* Hier stehen bestimmte Handlungsfelder der Altenhilfe oder Ressortthemen (Wohnen, Bildung, Soziales, Gesundheit, Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit etc.) im Mittelpunkt.

#### 3.1. Was zeichnet fachübergreifende, integrierte Konzepte aus?

Die weitreichendsten Konzeptansätze sind jene, bei denen Städte, Quartiere oder Regionen der Adressat sind, sie einer *sozialräumlichen* Betrachtung unterzogen, Entwicklungsziele formuliert und Handlungsperspektiven aufgezeigt werden. In dieser Perspektive sind immer mehrere und ineinander verknüpfte Gründe für identifizierbare Probleme verantwortlich. Hierbei sind immer mehrere Akteure und die Mitwirkung der Bewohnerschaft erforderlich, um die Lebensqualität zu verbessern und Benachteiligungen zu mindern. Im Förderprogramm *Anlaufstellen für ältere Menschen* zeichnen sich die fachübergreifenden, integrierten Konzepte durch folgende Eigenschaften aus: Sie sind

- **Fach- und themenübergreifend:** Anstelle sektoraler einzelner Aspekte und fachlich spezialisierter Perspektiven verfolgen integrierte Konzepte einen ganzheitlichen Ansatz. Sie nehmen ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimensionen in den Blick. Die Koordinierung der damit befassten Verwaltungsressorts sowie die Bündelung von Fachplänen zählen zu den wesentlichen Aufgaben von kooperativen Prozessen.



- **Akteurs- und ressourcenübergreifend:** Da zahlreiche Akteure mit dem Thema des Älterwerdens befasst sind, werden deren Sichtweisen in die Planungs- und Umsetzungsprozesse eingebunden. Dazu zählen öffentliche wie private Träger, Politik und Verwaltung, Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Ehrenamtsbörsen, Sozialstationen etc. Durch ihr Zusammenwirken lassen sich zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen binden und Synergieeffekte unterstützen. Gleichwohl sind damit komplexe Prozesse verbunden. In Paderborn hat man sich deshalb dafür ausgesprochen, dass es aufgrund der anstehenden Aufgaben zur Weiterentwicklung der Quartiere als auch zur Bündelung der Aufgaben in der Stadtverwaltung eine Koordinierungsstelle für die einzelnen Quartiere geben sollte und auch vor Ort einen kompetenten hauptamtlichen Kontakt (vgl. Konzept Paderborn: 38).
- **Prozessorientiert und präventiv:** Integrierte Konzepte zielen nicht nur auf die kurzfristige „Reparatur“ von Missständen und Problemen, sie sind auf mittel- und langfristige Perspektiven angelegt. Sie können dann präventiv wirken, wenn Risiken und Chancen rechtzeitig erkannt werden. Entscheidend sind die fortlaufende Aktualisierung der Ergebnisse, die Evaluierung des Erreichten sowie die kontinuierliche Überprüfung der Steuerungsmechanismen.
- **Partizipativ und kooperativ:** Ein wesentliches Element der integrierten Planung ist ihre Dialogorientierung. Es werden zivilgesellschaftliche Akteure, Bewohnerinnen und Bewohner beteiligt, unterschiedliche Akteure vor Ort vernetzt. Dafür gibt es zahlreiche methodische Ansätze, beispielsweise Workshops, Worldcafés, Befragungen. Zunehmende Bedeutung kommt der digitalen Beteiligung zu. Private Initiativen wie die Frankfurter Webseite *Frankfurt gestalten – Bürger machen Stadt* sind dafür ein ebenso bemerkenswertes Beispiel wie das Projekt NextHamburg, das von Mitarbeitenden der HafenCity Universität ins Leben gerufen wurde (vgl. Lübcke/Lühns/Rütschle 2011: 627).
- **Sozialräumlich differenziert und kontextbezogen:** Sozialräumliche Konzepte rücken die gesamte Stadt, einen Stadtteil, ein Quartier oder ländliche Räume in den Blickpunkt. Allein dadurch wird die Aufmerksamkeit auf alle Bewohnerinnen und Bewohner, nicht nur auf eine einzelne Zielgruppe gerichtet. Nachbarschaft, Wohnumfeld, Infrastruktur etc. sind einbezogen – die Prinzipien Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe lassen sich kleinräumig am wirkungsvollsten gestalten.



### 3.2. Integrierte Konzepte für städtische und ländliche Räume

Für **ländliche Regionen** sind integrierte Konzepte sowie die Abstimmung zwischen den Fachplanungen ebenso wichtig wie in den Städten. Die räumliche und fachliche Verzahnung verschiedener Angebote kann hier sogar ein zentraler Lösungsansatz sein: Teilweise wird erst durch die gemeinsame Nutzung von Kapazitäten ein räumlich und zeitlich dauerhaftes Leistungsangebot möglich (vgl. MIL 2006). Doch verfügen ländliche Gemeinden nicht immer über die erforderlichen Ressourcen an Daten, Personal und Finanzen und sind, im Unterschied zu **Großstädten**, im Umgang mit integrierten Strategien und Konzepten weniger eingeübt.

In Bayern sind die Landkreise und kreisfreien Städte nach Art. 69 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) verpflichtet, integrative regionale seniorenpolitische Gesamtkonzepte zu erstellen. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen unterstützt die Kommunen dabei. Es legt Wert auf realistische Altersbilder, die Anerkennung der Potenziale älterer Menschen, deren gewandelte Bedürfnisse: „Den Erfahrungen und Kompetenzen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger muss Raum gegeben werden. Ihr Wirken ist für eine zukunftsfähige Gestaltung der Kommune unabdingbar. Die Entwicklung eines differenzierten und realistischen Bildes über das Leben älterer Menschen ist deshalb eine wichtige Voraussetzung zur Gestaltung des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene“ (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Homepage).

Folgende Beispiele für den urbanen und ländlichen Raum geben einen knappen Einblick, welche Elemente für die Erstellung der Konzepte als wichtig angesehen werden.

Lesehilfe für die weiteren Kapitel:

**roter Rahmen: Beispiel für Groß-, Mittel- oder Kleinstädte**

**grüner Rahmen: Beispiel für ländlichen Raum**



### **Stadtweites Konzept Weimar**

Die Stadt Weimar hat ein umfassendes auf Wohnquartiere bezogenes Konzept für Anlaufstellen erarbeiten lassen. Es wurde in sehr enger Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren der offenen Seniorenarbeit in Weimar entwickelt. Die Akteure wurden über Fragebögen, Interviews, Expertengespräche, Diskussionen und einen Workshop in die Konzeptentwicklung eingebunden. Zunächst wurden tiefgehende Recherchen bereits vorhandener Begegnungs- und Beratungsangebote sowie eine Analyse ausgewählter demografischer Daten und Sozialdaten durchgeführt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurden gemeinsam mit den Akteuren Maßnahmenpläne zur Stärkung und Stabilisierung der Angebote und Strukturen von „Anlaufstellen für ältere Menschen in Weimar“ auf Quartiersebene entwickelt. Im Ergebnis wurden drei Säulen zur Umsetzung vorgeschlagen:

- Strukturelle Veränderung in der Stadtverwaltung,
- Stabilisierung und Stärkung der Wirksamkeit bewährter Angebote und Strukturen,
- Ausbau und inhaltliche Erweiterung der vorhandenen Angebotsstruktur.

### **Integriertes Handlungskonzept für den ländlichen Raum, Stadt Roßleben**

Auch die Stadt Roßleben im Kyffhäuserkreis setzt bei der Konzepterarbeitung auf den Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern und die Vernetzung der Verwaltung mit den Akteuren vor Ort. Dazu zählen Träger aus dem Pflegebereich, Vereine, Initiativen und kirchliche Institutionen. Ziel war es, eine Gesamtstrategie zu erarbeiten, in der (erste) Ziele und Maßnahmen nach drei ausgewählten Handlungsfeldern (Pflege, Vernetzung, Wohnen/Wohnumfeld) beschrieben werden. Das Handlungskonzept wurde im Stadtrat beschlossen und soll regelmäßig fortgeschrieben werden.

### 3.3. Konzeptelemente: Von der Ist-Analyse zur finanzierbaren Umsetzung

Mit Unterstützung des Förderprogramms wurden integrierte Konzepte unterschiedlicher Reichweite und Aussagekraft erstellt. Im Allgemeinen beinhalten sie folgende Elemente:



1. **Bestandserhebung, Entwicklungsperspektiven:** Die Ist-Analyse der Gemeinde- oder Quartierssituation sowie der Blick auf die weitere Entwicklung bilden die Grundlage der Konzepte. Dies setzt voraus, dass Daten zu den entsprechenden Indikatoren und Themen vorgelegt werden können.
  - Sie betreffen zum einen die Bewohnerschaft, die älteren Menschen im Quartier, in der Stadt (Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungsprognose nach Alter, Geschlecht, Alters- und Haushaltsstruktur, Einkommenssituation, Altersarmut, Grundsicherung im Alter (SGB XII, Kap. 4) und Hilfe zur Pflege (Kap. 7), Wohngeldempfänger/innen, Gesundheitssituation und Gruppen, für die großer Handlungsbedarf besteht (Demenz Erkrankte, deren Angehörige etc.).
  - Zum anderen richten sich Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven auf den Sozialraum: das Quartier, die Gemeinde, die Gebietsausstattung. Sie betreffen den Wohnungsbestand, Infrastrukturausstattung und Nahversorgung, Mobilität etc. Breiten Raum nimmt die Darstellung der freien und privatgewerblichen Träger und Vereine ein. Es werden Ressourcen nachbarschaftlicher Hilfen, sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements deutlich und Angebotslücken aufgezeigt.
  - Mit Blick auf mögliche Synergieeffekte vor Ort wird auf städtebauliche Förderprogramme (z. B. Soziale Stadt) eingegangen und werden geplante Vorhaben der öffentlichen und freien Träger beschrieben.





2. **Stärken-Schwächen-Bewertungen:** Die Stärken-Schwächen-Bewertung steht in engem Zusammenhang mit der Bestandserhebung. Im Förderprogramm wurden dazu zahlreiche Workshops veranstaltet, Worldcafés durchgeführt, die Ergebnisse von schriftlichen Befragungen ausgewertet (vgl. Kap. 5).
  - Als **Stärken** werden (meist bezogen auf die Seniorenarbeit) beispielsweise genannt: ausreichendes Raumangebot für offene Seniorenarbeit, große Bereitschaft der Träger, Räume zu teilen bzw. kostengünstig oder kostenfrei zur Mitnutzung zur Verfügung zu stellen (z.B. für Beratung, Begegnung oder Selbsthilfegruppen), gut funktionierende Netzwerkarbeit, hohe Kooperationsbereitschaft und großes freiwilliges Engagement oder eine aktuelle Informationsbroschüre der Kommune.
  - Zu den **Schwächen** zählen beispielsweise, wenn eine unabhängige, neutrale Pflege-, Demenz-, Angehörigenberatung sowie eine niedrighschwellige Wohnraumberatung fehlen. Auch werden offene Angebote, insbesondere der Pflegeheime und in betreuten Wohnanlagen, vielfach nicht wahr- und angenommen. Innerhalb der meisten Stadtgebiete/Ortsteile als auch gesamtstädtisch wird die Koordination der existierenden Angebote vermisst. In den Stadtteilen fehlen sogenannte „Kümmerer“, Koordinierende, Netzwerker. Ältere Männer werden zu wenig von den derzeitigen Angeboten erreicht. Auch wird die Anerkennungskultur für das Ehrenamt als „stark entwicklungsbedürftig“ beschrieben.
3. **Leitlinien und Zielbestimmungen** orientierten sich im Wesentlichen daran, dass Gemeinden und Städte ihren älteren Bürgerinnen und Bürgern bis ins hohe Alter ein eigenständiges Leben ermöglichen und dafür die Rahmenbedingungen verbessern wollen. Der Zusammenhang der Leitlinien zu übergreifenden Stadtentwicklungskonzepten (INSEK, IHEK) wurde vereinzelt deutlich (Beispiel Weimar).



Folgende Ziele werden beispielsweise für Konzeptorientierung und Seniorenpolitik genannt:

#### **Beispiel Mittelstadt (Weimar)**

„Das Konzept ‚Anlaufstellen für ältere Menschen in Weimar‘ greift die übergeordneten formellen und informellen Strategien, Zielstellungen und Vorhaben von Bund, Land und Kommune auf, fügt sich in das System der vorhandenen Planungen ein und konkretisiert diese. Als informelles Planungsinstrument kann das Konzept zukünftig Verwaltung und Politik als Handlungsleitfaden und Entscheidungshilfe für Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, Sozial(raum)planung und Altenhilfeplanung dienen. Den zahlreichen Weimarer Akteuren der (offenen) Seniorenarbeit kann das Konzept Orientierungshilfe für die eigene Arbeit sein. Es ist anzustreben, dass die Träger mit ihren (freiwilligen) Leistungen und ihrem Engagement zur Umsetzung des Konzeptes beitragen.“

(Konzept Weimar: 6)

#### **Beispiel für den ländlichen Raum**

„Zielsetzung der Seniorenpolitik in der Gemeinde Ebersdorf sollte es sein, die hohe Wohn- und Lebensqualität ihrer älteren Bürgerinnen und Bürger zu sichern und demografiefest auszubauen. Dabei müssen die lange Selbstständigkeit, die soziale Eingebundenheit sowie der Verbleib in der eigenen Wohnung im Mittelpunkt der Bemühungen stehen.“

(Konzept der Gemeinde Ebersdorf bei Coburg)

4. **Handlungsfelder:** Die Kommunen formulieren in den Konzepten unterschiedliche Handlungsfelder sowie räumliche und zeitliche Handlungsschwerpunkte, welche aus den Zielen abgeleitet werden (siehe folgendes Kapitel).
5. **Strategien, Projekte, Maßnahmen:** Die konkreten Projekte und Maßnahmen, die diesen Handlungsfeldern zugeordnet werden, sollen dazu beitragen, die festgesetzten strategischen Entwicklungsziele zu erreichen. Die Rolle der Kommunen besteht darin, zielgerichtete Aktivitäten zu initiieren, zu motivieren und zu begleiten sowie Interessen und Akteure zu vernetzen.

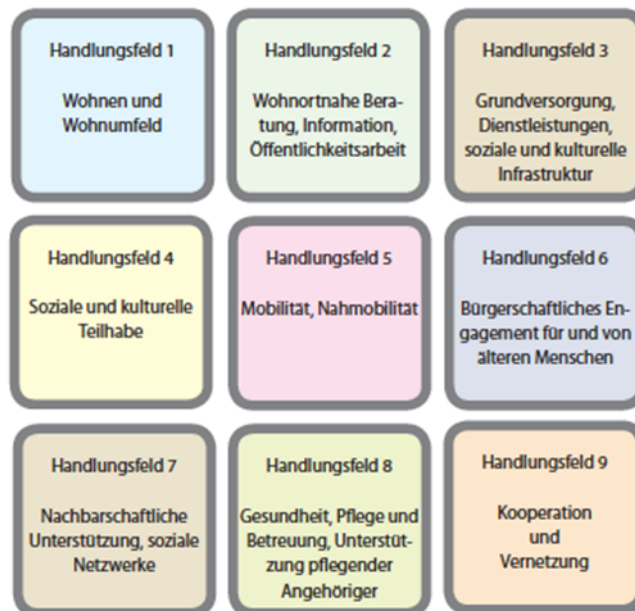


6. **Umsetzung und Erfolgskontrolle:** Der Erfolg eines integrierten Handlungskonzepts hängt davon ab, dass die Maßnahmen und Projekte zeitnah und qualitativ umgesetzt werden. Im Konzept Göttingen wird darauf hingewiesen, dass die benannten Ziele und Maßnahmen daraufhin zu prüfen sind, ob sie prioritär angegangen werden sollten, welche Akteure dafür zuständig sind bzw. eingebunden werden sollten und wie sie umgesetzt werden könnten. Hier sind Planungsprozesse unter Einbindung vieler Akteure notwendig. Eine Anlaufstelle für ältere Menschen könnte die Koordination übernehmen.
  
7. **Kosten- und Finanzierungsübersicht:** Zur Steuerung und Koordinierung der zu beteiligenden Akteure und Stellen sowie als Basis für die Finanzplanung ist ein Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan zu erstellen.



## 4. Im Fokus: Handlungsfelder und Empfehlungen

Für fachübergreifende, integrierte Konzepte im Förderprogramm Anlaufstellen für ältere Menschen lassen sich verschiedene Handlungsfelder benennen und diese unterschiedlich strukturieren. Wohnen und Wohnumfeld werden häufig getrennt, die Hospiz- und Palliativversorgung oder präventive Angebote auch als eigenständige Handlungsfelder angeführt oder es werden – wie beispielsweise in Bayern – von Seiten des zuständigen Landesministeriums schon Handlungsfelder für die Erarbeitung von Konzepten vorgegeben (vgl. dazu auch STMAS 2010). Folgende neun Handlungsfelder werden im Folgenden näher beschrieben:



### 4.1. Handlungsfeld 1: Wohnen und Wohnumfeld

Wohnen und Wohnumfeld sind zentrale Handlungsfelder, die mit zunehmendem Alter an Bedeutung gewinnen. Ältere Menschen verbringen mehr Zeit in ihrer Wohnung und im Nahraum als jüngere. Vor allem Hochbetagte sind weniger mobil und bewegen sich in einem zunehmend enger werdenden Radius, zudem steigt für sie der Hilfe- und Pflegebedarf an. Hinsichtlich der Wohnwünsche älterer Menschen sprechen die empirischen Ergebnisse eine deutliche Sprache: Die überwiegende Mehrheit möchte möglichst unabhängig und solange wie möglich in den eigenen vier Wänden und in der vertrauten Umgebung leben (Kremer-Preiß/ Stolarz 2003: 8).



Ob dieser Wunsch realisierbar ist, hängt von vielen Faktoren ab. Vielfach müssen frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um auch mit Einschränkungen in der angestammten Wohnumgebung leben zu können. Wenn diese oder Umzüge nicht infrage kommen, dann „kann dies dazu führen, dass ältere Menschen zunehmend seltener aus dem Haus gehen oder ihre Wohnungen gar nicht mehr verlassen. Vor allem die Pflegedienste berichteten über solche Fälle“ (Konzept Göttingen: 15).

Für die Konzeptkommunen hat die Verfügbarkeit von barrierearmen Wohnungen oberste Priorität. Dies gilt generell. Es gibt in Deutschland einen Bestand an weitgehend barrierefreien Wohnungen von nur 700.000, benötigt werden jedoch 2,7 Millionen – es besteht also eine Versorgungslücke von rund 2,2 Mio. solcher Wohnungen und diese wird in den nächsten Jahren größer werden. Angesichts der Mietentwicklung wird dieser Bedarf für die einkommensschwachen Schichten zunehmend überlagert von der Angst vor „Verdrängung“, das Bleiben können zu einer ganz prinzipiellen Frage. Dies machen folgende Zitate deutlich:

#### **Beispiel Großstadt (Berlin):**

„Der Themenkreis Miete – vom Erleben steigender Mieten, vergeblicher Suche nach bezahlbarem Wohnraum im vertrauten Viertel bis hin zu Verdrängung – war eines der Hauptthemen des Gruppengesprächs mit Migrantinnen („Ich kann meine Miete nicht mehr bezahlen“). Befragte berichteten von ihrem Kampf gegen Mieterhöhungen, von Schwierigkeiten durch die häufigen Besitzerwechsel ihres Hauses oder der vergeblichen Suche nach einer für sie bezahlbaren (Parterre-) Wohnung („Ich verbringe meine gesamte Zeit mit der Wohnungssuche.“ – „Die Maklerin fragte mich, wer denn die Wohnung ausräumt, wenn ich tot bin.“). Das Thema Verdrängung von Älteren scheint eines von wachsender Bedeutung für den Stadtteil zu sein – gleichzeitig erlebt man bei diesem Thema auch eine wachsende Politisierung der älteren Betroffenen. Parallel zur Verdrängung von eingesessenen älteren Menschen aus dem Quartier durch steigende Mieten ist der Zuzug von Älteren aus anderen Bezirken Berlins (und anderen Orten in Deutschland) zu beobachten. Für diese Gruppe Neu-Zugezogener in Moabit West sind die Mieten im Vergleich zu anderen städtischen Lagen (noch) bezahlbar.“

(Konzept Berlin Moabit-West: 18)



Beispiel für den ländlichen Raum:

„Bei der Schaffung von neuen senioren- und altengerechten Wohnungen ist darauf zu achten, dass die Wohnungen auch für Rentnerinnen und Rentner mit niedrigem bis durchschnittlichem Einkommen bezahlbar sind. Ein geplantes Seniorenwohnprojekt der AWO für das kommende Jahr sollte dies bereits in den Blick nehmen. Sowohl die Wohnungsgesellschaften als auch die privaten Eigentümer müssen für das Thema sensibilisiert werden.“

(Konzept Roßleben: 1)

## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

### GRUNDVORAUSSETZUNG

- Bezahlbarkeit der angestammten Mietwohnung, geeignete Quartiersalternativen

### BARRIEREFREIE, BARRIEREARME WOHNUNGEN

- Angebot barrierearmen und kostengünstigen Wohnens vergrößern
- Abbau der Barrieren innerhalb einer Wohnung (Treppen, Schwellen), unzureichende Bewegungsflächen in den Sanitärräumen, unzureichende Türbreiten, Dusche mit Schwelle etc.
- Beseitigung von Zugangshürden in Fluren und Außenbereichen und gezielte Bearbeitung der Probleme (z.B. Zugang zu Fahrstühlen, Rampen), Sanierungen mit Aufzügen verbinden
- Erschließung von Hochparterrewohnungen ausloten (Rampen, Treppenlifter)
- Generelle Verbesserung der Qualität des Wohnungsbestands

### VERBESSERTE INFORMATIONEN, BERATUNG

- Informationsstand der Akteure vor Ort und der Bewohnerschaft zum Thema Wohnraumanpassung / Finanzierungsmöglichkeiten verbessern

### NEUE WOHNMODELLE

- Unterstützung neuer Wohnmodelle (im Zusammenhang mit Pflege) / gemeinschaftliches und zugleich selbstbestimmtes Wohnen / Leben in abgeschlossenen Wohnungen mit Gemeinschaftsraum für Menschen mit und ohne Unterstützungs- und Pflegebedarf / ambulant



betreute Wohngruppen (Leben in Appartements, Zimmer mit großem gemeinsamen Wohnzimmer, Wohnküche) für Menschen mit Pflegebedarf / generationengemischte Wohnformen / Umbau von Häusern / Flächen zur Verfügung stellen / Stadt als Bauherrin, aktive Gestalterin („Herrin des Verfahrens“), Bauflächenvergabe im Sinne der unterschiedlichen Zielgruppen

- barrierearme Wohnungen mit angebundenen Unterstützungsstrukturen (z.B. Pflegedienst im Erdgeschoss)

### **EINBEZIEHUNG DER PRIVATEN WOHNUNGSVERMIETER, ANDERER AKTEURE, POLITIK**

- Prüfen der Einflussnahmemöglichkeiten der Kommune auf private Vermieter: verbesserte Ansprechbarkeit für Belange der Mieterinnen und Mieter bezogen auf Wohnungsmängel, barrierearme Gestaltung, Umzugswünsche im Bestand
- Zusammenarbeit mit Verbänden der Hauseigentümer (Haus und Grund), Mieterverbände
- Stärkere Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei zukünftigen Bauvorhaben
- Durchführung von Befragungen bei Bewohnerinnen und Bewohnern zu ihren Wohnwünschen von Seiten der Wohnungsunternehmen
- Anpassung des Mietrechts: Rückbaupflicht überprüfen, wenn Mieterinnen und Mieter in Eigenregie Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit durchführen und finanzieren

### **STÄDTEBAULICHE FÖRDERPROGRAMME NUTZEN**

- Barrierearme (Um-)Gestaltung von Häusern als Thema in städtebauliche Förderprogramme integrieren (z.B. „Soziale Stadt“ - Quartiere)

### **WOHNUMFELD, ÖFFENTLICHER RAUM**

- Unterstützungssysteme im Wohnumfeld, Quartier
- Aufenthaltsmöglichkeiten im Wohnumfeld durch hohe Bänke, Spielfelder, Parcours verbessern sowie öffentliche Toiletten (vor allem im ländlichen Raum)



## 4.2. Handlungsfeld 2: wohnortnahe Beratung, Information, Öffentlichkeitsarbeit

### GRUNDVORAUSSETZUNG: Zugänglichkeit und Bekanntheit von Informationen

Die Konzeptkommunen zeigen zahlreiche Informationsdefizite auf, nennen Gründe dafür, unterbreiten Vorschläge. Vermisst werden Informationen in allen Handlungsfeldern, Beratungsstellen für das Thema „Älter werden“ und Information zum „Wohnen im Alter“, zur Wohnraumanpassung und zu haushaltsnahen Dienstleistungen. Der Anlaufstelle für ältere Menschen wird ein hoher Stellenwert zugeschrieben: „Damit das bestehende Angebot auch von potenziellen Interessenten wahrgenommen wird, ist eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit ausschlaggebend. Ziel muss es daher sein, Anlaufstellen und Verbreitungswege zu schaffen, die zum einen immer auf dem aktuellen Stand und zum anderen in der Gemeinde auch bekannt sind“ (Konzept Taufkirchen: 101). Folgende Zitate weisen insbesondere auf die interkulturelle Ausrichtung dieser Angebote hin:

#### **Beispiel Großstadt (Berlin):**

„Mobil eingeschränkte Menschen unter den Befragten, die kaum aus ihrer Wohnung heraus kommen, wünschen sich mehr soziale Teilhabe. Doch eben weil sie an ihre Wohnung gebunden sind, gelangen relevante Informationen über Hilfsangebote und Möglichkeiten nur schwer zu ihnen. („Ich will und muss mich bewegen, doch das geht ja nicht ohne Begleitung.“ – „Ich fühle mich in meiner Wohnung wie ein Vogel im Käfig.“). Dies gilt auch für Migrant\_innen mit geringen Deutschkenntnissen, die in der Regel noch weniger Informationen über bestehende Hilfsangebote haben.“

„Bei den Befragten mit Migrationshintergrund zeigte sich ein großer Informationsmangel ... Eine kulturspezifische Pflegestation in Moabit-West versucht diesen Bedarf aufzufangen, ist aber mittlerweile von der Nachfrage überfordert. Diese Pflegestation ist zu einer Art Seniorentreff für ihre (türkischsprachigen) Klientinnen geworden, die hier ihre sozialen Kontakte pflegen und bei der Pflegeleitung die Lösung für ihre Probleme in Zusammenhang mit Pflege, Gesundheit, Behörden etc. suchen.“

(Konzept Berlin Moabit-West: 18)





### **Beispiel für den ländlichen Raum:**

Zeitung: „Um einen Überblick über die zahlreichen Seniorenangebote zu bekommen, sollte einmal im Monat in der Roßlebener Zeitung eine Seite speziell für die ältere Zielgruppe erscheinen. Das schafft Transparenz und hilft bei der Koordination der Veranstaltungen.“

Internet: „Denkbar wäre auch, auf der Internetseite der Stadt die Ansprechpartner für Seniorenaktivitäten zu veröffentlichen.“

(Konzept Roßleben: 25)

### **Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten**

- Ältere Menschen werden nur schwer erreicht, deshalb gilt es über geeignete Formen der Öffentlichkeitsarbeit nachzudenken
- Informationslage der Stadtteilakteure und Bewohnerschaft verbessern, insbesondere in Bezug auf Angebote der Pflegeberatung (Seniorenberatung / Pflegestützpunkt)
- Angebote der Beratung zu Wohnraumanpassung, zu geeigneten und vertrauenswürdigen Pflegediensten
- Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten, Finanzierung von Diensten und diese in die Stadtteile holen (z.B. Seniorenservicebüro)
- Mehr Informationen durch Ärzteschaft und Überleitungspflege
- Verbesserte Information und Versorgung für Menschen mit Migrationshintergrund / (vergütete) muttersprachliche Türöffner-, Übersetzungs- und Begleitungsangebote / muttersprachliche Information über medizinische Versorgungsmöglichkeiten / stärkere Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund in bestehende semiprofessionelle Betreuungsdienste (Demenzhilfe)
- Information und Ansprache bestehender Gruppen, Bekanntmachen der vorhandenen Angebote, Bekanntheitsgrad verbessern
- Transparenz der Arbeit und Nachhaltigkeit stärken, Akzeptanz vergrößern
- Mehr externe Gäste für Veranstaltungen gewinnen, Öffnung der Angebote über die eigenen Mitglieder/Mieter hinaus
- Bündelung der Angebote („weniger ist mehr“), Koordination aller Angebote in der Stadt, bessere Vernetzung zu anderen Partnern in der Stadt



### 4.3. Handlungsfeld 3: Grundversorgung, Dienstleistungen, soziale und kulturelle Infrastruktur

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Sozialräumliche Ausstattung und qualitativer Charakter

Die Angebotsstruktur gestaltet sich unterschiedlich, nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen Stadtteilen. Bedarfe und Angebote variieren stark.

- **Wohnortnahe Versorgung mit Waren des alltäglichen Bedarfs:** Die Verfügbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten ist eine Frage der wohnortnahen Versorgung, beinhaltet aber auch die Möglichkeit sozialer Kontakte und kann deshalb nicht ohne weiteres durch Bringendienste erfüllt werden (vgl. Konzept Göttingen: 21).
- **Haushaltsnahe dienste:** Hier ist ein prinzipieller Unterschied zwischen der Nachfrage in den Städten und ländlichen Regionen nicht ersichtlich. Die Befragungsergebnisse verweisen auf einen großen Bedarf nach Unterstützung im Haushalt, bei Handwerkerdiensten, in ländlichen Regionen und Einfamilienhausgebieten auch bei der Gartenarbeit.
- **Begegnungsstätten:** Waren in der Vergangenheit „Seniorenbegegnungsstätten“ oder „Alten Treffs“ ein wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur, so treten sie inzwischen in den Hintergrund und werden künftig weiter an Attraktivität verlieren, während die Entwicklung hin zu Begegnungs- und Servicezentrum zeitgemäßer erscheint (vgl. Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein. Hrsg., 2006).
- **Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren:** Diese Einrichtungen sind meist zentrale Anlauf- und Koordinations- sowie Netzwerkstellen für verschiedene Begegnungs-, Bildungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsaktivitäten.
- **Kirchengemeinden:** Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften spielen eine wichtige Rolle in diesem Handlungsfeld.
- **Soziale und kulturelle Infrastruktur generell:** Es ist nicht nur die quantitative Ausstattung von Bedeutung, sondern auch deren interkulturelle Öffnung, generationsübergreifende Angebote, barrierefreie Zugänge.

Folgende Zitate verweisen auf spezifische Schwächen:

#### **Beispiel Großstadt (Berlin):**

„Vor allem der ‚Verfall‘ des Einzelhandels und das zunehmend einseitige Ladenangebot stört viele Befragte (‚Auf der Turmstraße kann man nur noch essen‘ – ‚Es gibt nur noch Billig-Bäcker und Juweliere‘ – ‚Ich kann mir hier keine Hose mehr kaufen‘). Auch der deutliche Ladenleerstand in manchen Straßenzügen wurde kritisiert sowie eine damit einhergehende zunehmende Verwahrlosung des Stadtbildes.“ (Konzept Berlin Moabit-West: 15 f.)



### **Beispiel für den ländlichen Raum:**

„Es lässt sich sagen, dass die ärztliche Versorgung zurzeit im Bereich Allgemeinmedizin, Pädiatrie und Zahnmedizin durchaus noch ausreichend ist, es mittelfristig aber auf Grund der Altersstruktur der Ärzte vor Ort zu Problemen kommen kann. Da Roßleben diesbezüglich kein Einzelfall ist, besteht eine große Hoffnung, dass sich die Landespolitik der Angelegenheit annimmt und entsprechende Förderprogramme auflegen werden, um junge Ärzte in die Region zu locken. Fachärzte gibt es in Roßleben keine. Dies empfinden die meisten Seniorinnen und Senioren als großes Defizit, da bei ihnen die Erhaltung der Gesundheit einen sehr hohen Stellenwert hat und Fahrten ins Umland einen hohen Organisationsaufwand bedeuten.“

(Konzept Roßleben: 29)

## **Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten**

### **IN STADT/QUARTIER:**

- konsequent barrierefreies/barrierearmes Umfeld
- entsprechende Freiraumgestaltung, z.B. Sitzgelegenheiten für Pausen und zur Kommunikation
- kurze Wege zu Nahversorgern und zum ÖPNV
- Stadtgrün zum Verweilen und als Kommunikationsort (Lebens- und Aufenthaltsqualität)
- Dienstleistungstauschbörse
- Internetcafé für Seniorinnen und Senioren

### **IM LÄNDLICHEN BEREICH:**

- Flyer erstellen mit Informationen zu haushaltsnahen Hilfen
- Organisation von Gartenhilfen („Hilfe für Gartenarbeit, dann könnte man das Haus halten“)
- Einkaufshilfen oder Lieferservice
- Versorgung der Haustiere
- Zertifizierung von Handwerkern, die ein seniorenrechtliches Angebot / Service vorhalten
- Vermittlungsmöglichkeiten bekanntmachen, beispielsweise: [www.haushaltsjob-boerse.de](http://www.haushaltsjob-boerse.de)



#### 4.4. Handlungsfeld 4: Soziale und kulturelle Teilhabe

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Mobile und immobile Angebote. Teilhabe für alle

**Soziale Teilhabe** steht in engem Zusammenhang zu sozialstruktureller und sozialräumlicher Ungleichheit. Altersarmut schränkt die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ein. Personen aus unteren sozialen Schichten gehen deutlich seltener bildungsbezogenen Aktivitäten nach, engagieren sich ehrenamtlich weniger. Die soziale Teilhabe ist bei Personen in wirtschaftlich schwachen Regionen geringer als bei Personen in wirtschaftlich starken.

Nachteilige Effekte kumulieren sich, wenn in einer Region begrenzte individuelle Ressourcen und schlechte ökonomische Rahmenbedingungen vorliegen. Maßnahmen zur Förderung sozialer Teilhabe sollten darauf abzielen, auf lokaler Ebene **Gelegenheiten für Engagement und Bildungsaktivität** zu schaffen, um die Teilhabechancen von Personen aus unteren sozialen Schichten langfristig zu verbessern (vgl. Simonson u.a. 2013).

##### **Beispiel Großstadt (Berlin):**

„Die Befragung hat gezeigt, dass auch Hochaltrige großes Interesse an sozialer Teilhabe zeigen, kulturelle und soziale Angebote für Senioren wahrnehmen und ganz allgemein ihre Kontakte zur Welt außerhalb ihrer Wohnung pflegen wollen. Doch meist werden sie durch ihre eingeschränkte Mobilität daran gehindert und durch fehlendes Wissen darüber, welche Unterstützungs- und Begleitangebote es in ihrer Umgebung gibt (z.B. den Mobilitätshilfedienst oder die Möglichkeit, ehrenamtliche Begleit- und Besuchsdienste zu nutzen ...“)

(Konzept Berlin Moabit-West: 20)

##### **Beispiel für den ländlichen Raum:**

„In Roßleben, Bottendorf und Schönewerda besteht nach wie vor ein stark ausgeprägtes soziales Miteinander ländlicher Prägung. Hilfe und Solidarität sind hier, anders als in der Großstadt, noch selbstverständlich. Es wird auf den Nachbarn geachtet. Die soziale Härte von Hartz IV und Arbeitslosigkeit wird dadurch etwas abgemildert. Die steigende Zahl an Seniorinnen und Senioren im Stadt- und Ortsbild hat bereits einen Wandel in der Angebotsstruktur der ortsansässigen Vereine und Institutionen bewirkt. Die Zunahme von seniorengerechten Angeboten und Aktivitäten ermöglicht es, dass immer mehr Menschen, auch im hohen Alter, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.“

(Konzept Roßleben: 24)



## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

### ZUGÄNGE VERBESSERN

- barrierefreie Zugänge zu den öffentlichen Räumlichkeiten und bestehenden Angeboten
- Begleitdienste von und zu Veranstaltungen (Mobilität, Sicherheit)
- Verbesserung des Zugangs zu vorhandenen Unterstützungs- und Freizeitangeboten durch Vertrauensbildung und Mittlerpersonen als Türöffner (Pflege, Gesundheit, Gemeinden)

### ZIELGRUPPEN GUT ERREICHEN

- Entwicklung und Förderung von Projekten zur interkulturellen Begegnung im Stadtteil
- Förderung der Partizipation von Menschen mit Migrationserfahrungen am gesellschaftlichen Leben im Stadtteil
- Defizitorientierung, Stigmatisierung vermeiden, positive Begegnung in den Vordergrund stellen
- Ältere Männer als Zielgruppe bedenken
- Informationsvermittler und -vermittlerinnen einbeziehen

### GEEIGNETE ANGEBOTE UND PROJEKTE INITIIEREN UND UNTERSTÜTZEN

- Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern für quartiersbezogene Stadtteil-Projekte (z.B. Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Feste, usw.)
- Verstetigung und Stabilisierung vorhandener Angebote (insbesondere der geförderten Projekte) bei zum Teil wachsenden Nutzerzahlen
- Brücken bauen zu vorhandenen Begegnungsangeboten im Stadtteil (Mittagstische, Angebote der Kliniken) über Mittlerinnen und Mittler
- Wohnortnahe niedrigschwellige und unverbindliche Begegnungsmöglichkeiten/Aktivitätsangebote ausbauen (Nachbarschaftsfeste, Stadtteilbegehungen)
- Kulturveranstaltungen in die Stadtteile holen und altersgerecht anbieten
- Einrichtung eines Stadtteil- und Familienzentrums sowie eines Mietercafés

### INFORMATIONEN UND VERNETZUNG STÄRKEN

- Information und Beratung von Älteren und Stadtteilakteuren über seniorenspezifische Unterstützungsmöglichkeiten (Pflege, Wohnen, Versorgung) und Finanzierungsmöglichkeiten durch Informationsveranstaltungen und Sozialberatungsangebote
- Vernetzung der Akteure der Stadtteilarbeit/Gemeinwesenarbeit einerseits und Akteuren der Seniorenarbeit und Pflege andererseits
- Initiierung von „Hauskümmerern“ als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner



## 4.5. Handlungsfeld 5: Mobilität, Nahmobilität

**GRUNDVORAUSETZUNG:** Bereitstellen einer bedarfsgerechten Infrastruktur für Mobilität und Nahmobilität

Die Gewährleistung von Mobilität ist ein wesentliches Element gesellschaftlicher Teilhabe. Meist haben ältere Menschen einen Führerschein und einen eigenen PKW, viele fahren Fahrrad. In den ländlichen Regionen oder städtischen Randgebieten gestaltet sich die Erreichbarkeit von Einkaufsläden, Arztpraxen, kulturellen Veranstaltungen oder Verwandtenbesuche oft schwierig, da längere Distanzen zu bewältigen sind. In Städten ist vor allem Nahmobilität (Fuß- und Radwege) und dabei auch die Weiterentwicklung des städtebaulichen Leitbilds „Stadt der kurzen Wege“ ein Thema: Aufenthaltsqualität steigern, Sicherheit erhöhen, den öffentlichen Raum gestalterisch aufwerten. Die Wege zwischen den Zielen sollen Qualität haben und ihre Nutzung Spaß machen.

Folgende Zitate verweisen auf die Effekte von Mobilität für Lebensqualität:

### Beispiel Großstadt (Osnabrück):

„Mobilität und Kontakte sind eng miteinander verzahnt. Versorgungseinrichtungen liegen häufig am Stadtrand. Wer nicht mehr mobil ist, erreicht diese nicht mehr und verliert eine wichtige Kontaktmöglichkeit (der Einkauf als Kommunikationsgelegenheit). Nachbarschaftshilfe oder hauptamtlich begleitete Fahrgemeinschaften könnten eine Lösung sein. Bringediensten fehlt jedoch die Kommunikationskomponente. Ebenfalls ein Instrument, um Sozialkontakte zu erhalten, sind Alten-/Pflegerheime/ Seniorenwohnanlagen, die sich im vertrauten Stadtteil befinden und die sich auch der Bevölkerung des Umfeldes öffnen könnten.“

(Konzept Osnabrück: 26)

### Beispiel für den ländlichen Raum:

„Die Mobilitätsfrage – und damit ist nicht nur das Vorhalten eines Angebots, z. B. den Schülertransport zu nutzen, gemeint, sondern auch die individuelle Fähigkeit, z. B. ein Auto fahren zu dürfen und zu können – beeinflusst wie kein anderer Aspekt in erheblichem Maße die Lebensqualität von älteren und alten Menschen. Dabei geht es vor allem um:

- Versorgung (Lebensmittel, Ärzte, Kultur usw.)
- Information/Kommunikation



- Soziale Kontakte (im Ort selbst, zwischen den Ortsteilen/in der Region zu Bekannten, Freunden, Familienmitgliedern).

Diese drei Aspekte haben nicht nur eine besondere Bedeutung für die Lebensgestaltung älterer Menschen. Sie werden von den Betroffenen insbesondere als die zentral bedeutsamen und sich gegenseitig bedingende Bestandteile des individuellen wie gemeinschaftlichen Lebens aller Generationen bewertet.“

(Konzept Kurstadtregion Elbe-Elster: 6)

## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

### IN STADT/QUARTIER:

#### (ÖFFENTLICHE) VERKEHRSMITTEL, INNOVATIVE KONZEPTE

- Busverkehr: Einführung ermäßigter Kurzstreckentickets / Verbesserte Anbindung vor 10 Uhr, abends und an den Wochenenden / Umsteigemöglichkeiten zu bestimmten Punkten (Supermarkt, Friedhof, andere Seniorenzentren) verbessern
- Ausbau Stadtteilelektroautos und –fahrräder

#### RÄUMLICHE QUALITÄTEN VERBESSERN

- Bessere Wegequalität in die umliegenden Stadtteile
- Möglichkeit des Kurzzeitparkens im Einkaufsbereich
- Helle Bürgersteige/Lampen
- Bessere Ausstattung des Wohnumfeldes mit hohen, überdachten Bänken
- Öffentliche Toilette im Einkaufsbereich
- Sicherheit im Straßenverkehr: Erhöhte Verkehrssicherheit für Unmotorisierte durch Tempo 30 Zonen bzw. Spielstraßen / effektive Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen / bauliche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, Polizeipräsenz / Bessere Kennzeichnung von Überwegen, Schaffung von Überwegen / Durchsetzung von Parkverboten auf Gehwegen / Verbesserte bauliche Qualität der Gehwege / Sicherheit bei fehlenden Gehwegen gewährleisten / Sicherheit auf kombinierten Rad- und Fußwegen erhöhen / Ampelphasen verlängern – Sonderschaltungen technisch ermöglichen / Innovative Verkehrskonzepte in Erwägung ziehen z.B. Shared Space



### SICHERHEITSERLEBEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM STÄRKEN

- **Ängste reduzieren** durch Begegnung und Abbau von Vorurteilen zwischen verschiedenen Generationen und Bevölkerungsgruppen/ Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen ergreifen / Realistisches Bild tatsächlicher Sicherheitslage fördern/ Angebote und zugehende Sozialarbeit für Jugendliche

### IM LÄNDLICHEN RAUM

- **Koordination und Begleitung von Facharztterminen:** Sowohl in Pflegeeinrichtungen als auch in Privathaushalten haben pflegebedürftige Menschen Termine bei Fachärzten, die sie ohne Fahrdienst nicht wahrnehmen können. Als Entlastung der Pflegeeinrichtungen oder von pflegenden Angehörigen, Nachbarn und Freunden soll ein (ehrenamtlicher) Arztfahrdienst aufgebaut werden, der gleichzeitig auch die unterschiedlichen Facharzttermine für die Pflegebedürftigen koordiniert.
- Rollator-/ Rollstuhl-Börse anbieten.





## 4.6. Handlungsfeld 6: Bürgerschaftliches Engagement für und von älteren Menschen

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Anerkennung und Wertschätzung des Ehrenamts

Die Zahl der älteren Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, ist gewachsen. Zwar engagieren sich Menschen über 55 Jahre seltener als Menschen zwischen 40 und 54 Jahren, doch stieg der Anteil der über 55-Jährigen in den Jahren 1999 bis 2009 überdurchschnittlich an – dieser Trend dürfte sich fortsetzen. Außerdem investieren die Älteren mehr Zeit als jüngere Engagierte (vgl. DZA 2013: 17 f.). Auch in den Befragungen der Konzeptkommunen wurde von ihnen eine hohe Bereitschaft zum freiwilligen Engagement signalisiert. Diese Bereitschaft wird im überschaubaren Bereich von Quartieren und Gemeinden als das eigene Lebensumfeld zudem begünstigt.

### **Beispiel Mittelstadt (Pirna):**

„Herkömmliche Versuche von Kommunen und intermediären Organisationen zur Förderung des Ehrenamtes über Angebote wie Ehrenamtsbörsen u. ä. sind oft noch zu wenig auf die Bedürfnisse und Potenziale einer neuen Generation Älterer zugeschnitten und ignorieren noch weitgehend den konstatierten Strukturwandel des Ehrenamts. Dabei vollziehen sich seit geraumer Zeit Wandlungsprozesse, die gegenwärtig immer stärker auch die Generation der Älteren erfasst haben und in den nächsten Jahren verstärkt erfassen werden: Künftig stehen immer mehr Menschen an der Schwelle zum Ruhestand, deren Generation stark von Bildungsexpansion und Wertewandel seit den 1960er bzw. 1970er Jahren – bzw. in Ostdeutschland nach der „Wende“ – geprägt ist. Diese Generation ist in großen Teilen gut qualifiziert, stärker auf Partizipation und Selbstentfaltung orientiert und auch anspruchsvoller gegenüber selbst gewählten Engagementformen. Für das gesellschaftliche Engagement dieser Generation bedeutet dies auch, dass sich vor dem Hintergrund von Individualisierungs- und Wertewandelsdiskussion auch ein Motivwandel bezüglich „Ehrenamt“ bzw. „bürgerschaftlichem Engagement“ vollzogen hat.

(Konzept Pirna: 31)



### **Beispiel für den ländlichen Raum:**

„Wie aus der Seniorenbefragung ersichtlich ist, wären viele Wiefelsteder bereit, sich ehrenamtlich für andere Mitbürger zu engagieren. Hier muss eruiert werden: Was kann ehrenamtliche Unterstützung dazu beitragen, ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in der bisherigen Wohnung zu führen? Wie kann der Bedarf an Unterstützung und die Bereitschaft zu Hilfen zusammengeführt werden? Wie können Bürger angesprochen und eingebunden werden, die bereit wären ihre Fähigkeiten unentgeltlich einzubringen. Um dieses „schlafende“ Potenzial zu wecken ist der Aufbau von entsprechenden Strukturen notwendig.“

(Konzept Wiefelstede: 38)

### **Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten**

- Finanzielle Unterstützung von Ehrenamtsstrukturen
- Möglichkeiten und Grenzen des Angebots ehrenamtlicher Alltagshilfe ausloten
- Ressourcen für Organisation und Begleitung ehrenamtlicher Alltagshilfen bereitstellen
- Gewährleistung von Kontinuität, Verlässlichkeit, Sicherheit
- Verknüpfungsmöglichkeiten mit öffentlich geförderter Beschäftigung prüfen
- Kontinuierliche Aktivierung, Qualifizierung, Begleitung und Koordination von Ehrenamtlichen
- Gewinnung aktiver, ehrenamtlich tätiger älterer Menschen, Gewinnung neuer Mitglieder und Interessenten („Nachwuchsprobleme“), regelmäßige Gewinnung „neuer“ älterer Menschen, da viele aus Altersgründen ausscheiden
- Quartiersbegleiter



## 4.7. Handlungsfeld 7: Nachbarschaftliche Unterstützung, soziale Netzwerke

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Informelle Anlässe und Möglichkeiten für Begegnung

Nachbarschaft hat in allen Konzepten einen hohen Stellenwert, gleichwohl verbinden sich damit unterschiedliche Vorstellungen. Begriffe wie „aktive Nachbarschaft“ oder „lebendige Nachbarschaft“ unterstreichen das gemeinsame Tun und die bewusste Gestaltung nachbarschaftlicher Beziehungen. In folgenden Zitaten werden auch informelle Begegnungen als engagementfördernd angenommen:

Beispiel Großstadt (Göttingen):

„Hier wurde in allen Stadtteilrunden neben der Unterstützung durch die eigenen Angehörigen der informellen Nachbarschaftshilfe eine große Bedeutung zugemessen. Den Berichten aus den Stadtteilen zufolge gibt es überall positive Beispiele für eine Unterstützung älterer Menschen innerhalb von Nachbarschaften. Zugleich wurde aber die Einschätzung formuliert, dass es viele Menschen gebe, für die organisierte bzw. professionelle Formen der Unterstützung wichtig wären, weil sie keine Angehörigen haben bzw. Angehörige oder Nachbarn nicht damit belasten wollen.“ (Konzept Göttingen: 22)

„Als Alternative zu ‚organisierten Formen der Nachbarschaftshilfe‘ wurde in einem Stadtteilworkshop vorgeschlagen, nicht die Hilfen selber zu organisieren, sondern vermehrt Anlässe und Möglichkeiten für Begegnungen und Kennenlernen zu schaffen um damit ‚tatsächliche Nachbarschaften‘ zu fördern. Aus solchen bestehenden sozialen Bezügen heraus sei es leichter und selbstverständlicher Hilfe anzubieten und anzunehmen, so die Vermutung.“ (Konzept Göttingen: 25)

Beispiel für den ländlichen Raum:

„Im Ort agierten freie Träger, Vereine und Organisationen in den Bereichen Pflege und Betreuung, Freizeitaktivitäten, Sport und Bewegung und niederschwellige Hilfsdienste z.B. in Form von Nachbarschaftshilfen.“

„Die große Mehrheit der Einwohner 60plus ist sozial gut eingebunden und kann auf ein leistungsfähiges Unterstützungsnetzwerk aus Verwandtschaft, Freundschaft und Nachbarschaft zurückgreifen.“

(Konzept Ebersdorf bei Coburg)



## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

- Ermöglichungsstrukturen und Anlässe für die Förderung „echter Nachbarschaften“ als Ausgangspunkt für Hilfeinanspruchnahme schaffen
- Aktivierung und Initiierung gegenseitiger Hilfe in Wohnhäusern (gemeinsamer Einkauf, Sammelbestellung)
- Nachbarschaftslotsen als „Kümmerer“

## 4.8. Handlungsfeld 8: Gesundheit, Pflege und Betreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Hilfe-Mix als Alternative zur stationären Pflege

Um auch bei gesundheitlichen Einschränkungen in der eigenen Wohnung, in der Gemeinde oder dem Quartier wohnen bleiben zu können, sind pflegerische ambulante und (teil-)stationäre Angebote sowie gesundheitsbezogene Dienstleistungen erforderlich. Viele Menschen geben der Pflege im vertrauten Umfeld den Vorzug, da hier soziale Kontakte weiterwirken (Bekanntheit in Kirche, Gemeinde). „Pflege-WGs“ oder „Demenz-WGs“ werden als alternative Formen oft mehr akzeptiert als der Umzug in einen anderen Stadtteil.

Damit sich die Kommunen ein Bild von ihrer eigenen Situation machen können, hat die Bertelsmann Stiftung den Themenreport „Pflege 2030“ erstellt (Bertelsmann Stiftung 2012, 24-25), der kleinräumig darstellt, wie sich die Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland auf Landkreisebene entwickeln könnte und welche Faktoren die Entwicklung beeinflussen.

## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

- Entwicklung von kleinräumigen stationären Pflegeangeboten: Anbindung an soziale Angebote im Quartier / kleinere Einheiten schaffen („Pflege-WG“ oder „Demenz-WG“) / Alternative Versorgungskonzepte entwickeln, Übertragbarkeit von guten Beispielen aus anderen Kommunen prüfen
- Prüfung der Möglichkeit teilstationärer Angebote im Sozialraum
- Versorgung älterer Wohnungsloser: Sensibilisierungs- und Schulungsbedarf
- Sicherung der Versorgung mit Apotheken und Arztpraxen vor Ort
- Stadtteilzentren als Anker für bestehende stadtweite Dienste nutzen (z.B. Demenzhilfe)
- Ausbau von Hausbesuchen nach dem Modell der nichtärztlichen Praxisassistenten
- Da aufgrund zunehmender Alterung der Gesellschaft auch Probleme von (sinnes-)behinderten älteren Menschen zunehmen, werden zusätzliche Kompetenzen beim Pflegepersonal, wie z.B. die Gebärdensprache, erforderlich.



## 4.9. Handlungsfeld 9: Kooperation und Vernetzung

**GRUNDVORAUSSETZUNG:** Benefit für alle. Win-win-Situation erkennen

In vielen Quartieren und Gemeinden besteht bereits eine Vielfalt an Leistungen und Angeboten für Seniorinnen und Senioren, die von lokalen und regionalen Akteuren bereitgestellt werden. Nicht nur und nicht immer ist eine Erweiterung des Angebotsspektrums erforderlich – auch die Bündelung von vorhandenen Ressourcen und die Abstimmung von unterstützenden Angeboten im Sozialraum erhöhen deren Bedarfsgerechtigkeit.

Folgende Zitate stehen beispielhaft für die Forderung nach mehr Koordination, Kooperation und Abstimmung sowie einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit:

### **Beispiel Kleinstadt (Taufkirchen):**

„Auch wenn nicht alle befragten Einrichtungen Interesse an einer engeren Kooperation bekundeten, so gab doch die Mehrheit der Interviewpartner an, dass eine stärkere Vernetzung der einzelnen Akteure für die seniorenpolitische Arbeit in der Gemeinde von großem Vorteil wäre. Dadurch ließen sich Schnittstellen, offene Bedarfe und Möglichkeiten zur gegenseitigen Ergänzung besser identifizieren und Abstimmungen umsetzen. Insbesondere wurde betont, dass auch Einrichtungen und Akteure wie beispielsweise Hausärzte oder Krankenhäuser, die zwar nicht ausschließlich in der Seniorenarbeit tätig sind, für alte Leute aber einen entscheidenden Teil der Versorgung darstellen, mit einbezogen werden müssen.“

(Konzept Taufkirchen: 59)

### **Beispiel für den ländlichen Raum:**

„Zahlreiche Vereine, Initiativen und Institutionen kümmern sich unabhängig und in unterschiedlicher Form um die Beratung, Begleitung und Freizeitgestaltung von Seniorinnen und Senioren in Roßleben, Bottendorf und Schönowerda. Was bisher fehlt ist die strategische Vernetzung der Akteure und Angebote. Die Koordination von Aktivitäten und die Kooperation untereinander sind ausbaufähig.“

(Konzept Rossleben)



## Beispielhafte Empfehlungen aus den Konzepten

### STADT, QUARTIER

- Vorhandene stadtweite Angebote (z.B. Demenzhilfe, Seniorenservicebüro) in die Stadtteile holen, vor Ort verankern oder bekannt machen

### IM LÄNDLICHEN RAUM

- Lobby für ältere Menschen verstärken: Bildung eines Seniorenbeirats, Seniorenbeauftragte(r)
- Ansprechpartnerinnen und -partner für Netzwerkarbeit ernennen
- Mobilität verbessern.

Kooperationen von öffentlichen und privaten Partner gelingen nicht von selbst. Wichtig ist es, sich auf Augenhöhe zu begegnen und für alle Seiten eine Win-Win-Situation zu erzielen. Die folgende Übersicht versucht, einige Interessen zentraler Akteursgruppen zu skizzieren. So sind beispielsweise Unternehmen an einer Öffentlichkeitsarbeit bzw. an einer „Bühne“ für ihre Produkte interessiert, die eine Kommune bieten kann, wenn sie Informationen zu altersgerechten Angeboten aufbereitet und über verschiedene Medien kommuniziert. Allerdings sind der Kommune in der Kooperation mit privaten Unternehmen Grenzen gesetzt, sei es, dass sie zur „Neutralität“ verpflichtet ist und nicht einzelne Unternehmen bevorzugen darf, sei es, dass sie immer auch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen und beispielsweise Verkehrssicherungspflichten beachten müssen.



Folgende Abbildung skizziert Chancen und Grenzen verschiedener Träger:

Institution	Zuständigkeit	Chance	Grenzen
<b>Kommune</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ öffentlicher Raum</li> <li>▪ soziale Infrastruktur</li> <li>▪ Beratung</li> <li>▪ Koordination</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ gemeinwohlorientiert</li> <li>▪ politische Legitimation</li> <li>▪ personelle + institutionelle Kontinuität</li> <li>▪ koordinierende Rolle</li> <li>▪ bietet Plattform für Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>▪ Einwerben öffentlicher Fördermittel/Zuschüsse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ hoheitliche Aufgaben sind zu beachten (z. B. Verkehrssicherungspflichten)</li> <li>▪ Neutralität ist zu wahren</li> </ul>
<b>Gemeinnützige Vereine</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ jeweils bezogen auf das Vereinsziel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ flexible Organisationsform</li> <li>▪ kein Gewinninteresse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ größere Investitionen (z.B. Umbauten) sind schwer zu realisieren, da Banken kaum Kredite geben, wegen Haftungsrisiken u. U. fehlende Kontinuität bei personeller Fluktuation</li> </ul>
<b>Wohnungsunternehmen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wohnung, Wohnumfeld</li> <li>▪ Nachbarschaftstreffpunkte / Begegnungsräume</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Investitionsbereitschaft, wenn Gewinnaussicht vorhanden ist</li> <li>▪ Kooperationen mit Pflegedienstleistern, Verkehrsbetriebe, Einzelhandel u.a., um Angebotsprofil zu erweitern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gemeinwohlorientierung</li> </ul>
<b>Genossenschaften</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ am Gemeinwohl der Genossenschaftsmitglieder interessiert (Mitbestimmung)</li> <li>▪ Investitionsbereitschaft, wenn Gewinnaussicht vorhanden ist</li> </ul>	
<b>Wohlfahrtsverbände</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Pflege</li> <li>▪ Begegnungsräume</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ unterschiedliche Organisationsformen möglich (Verein, Wirtschaftsbetrieb, Stiftung, gGmbH)</li> </ul>	



## 5. Kooperative und partizipative Herangehensweisen bei der Vernetzung

Die Erstellung der vorliegenden Konzepte erfolgte im Allgemeinen unter intensiver Beteiligung von Akteuren und Multiplikatoren der Seniorenarbeit, Politikern und Mitarbeitern der Fachverwaltungen, Seniorinnen und Senioren und anderen Experten. Die Federführung übernahm meist die Kommune. Vielfach erarbeiten auch Dienstleister, Planungsbüros oder Forschungsinstitute die Konzepte.

Folgende Herangehensweisen waren dabei – je nach Zielstellung und nicht zwingend gleichzeitig – bedeutungsvoll:



### Beispiele:

- **Methodischer Gesamtansatz Weimar:** Hier „wurde das Konzept in sehr enger Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren der offenen Seniorenarbeit in Weimar entwickelt. Die Akteure wurden über Fragebögen, Interviews, Expertengespräche, Diskussionen und einen Workshop in die Konzeptentwicklung eingebunden. Zunächst wurden tiefgehende Recherchen bereits vorhandener Begegnungs- und Beratungsangebote sowie eine Analyse ausgewählter demografischer Daten und Sozialdaten durchgeführt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurden gemeinsam mit den Akteuren Zielstellungen und Maßnahmenpläne zur Stärkung und Stabilisierung der Angebote und Strukturen von „Anlaufstellen für ältere Menschen in Weimar“ auf Quartiersebene entwickelt. Die Ergebnisse mündeten in dem vorliegenden Konzept.“





- **Methodischer Gesamtansatz Oer-Erkenschwick:** „Wir haben insbesondere
  - vorhandene Informationen/Konzepte zusammen getragen, gesichtet und ausgewertet (Arbeit mit Sekundärquellen),
  - eigene Erhebungen durchgeführt in Form von strukturierten und unstrukturierten Experteninterviews, strukturierter Bestandsaufnahme bei den beteiligten Partnern und strukturierten wie unstrukturierten Befragungen der Zielgruppe (schriftlich, mündlich und im weiteren Verlauf auch via Internet) sowie
  - einen regelmäßigen interdisziplinären Austausch gesucht zu relevanten Fragen der Anpassung an den Wandel (Stichworte: Mobilität, Gesundheitsversorgung und –vorsorge, Soziales, Stadtentwicklung ...).“
  
- **Expertenworkshop Göttingen:** „Die methodische Gestaltung der Workshops war an allen Standorten identisch. Nach einer thematischen Einführung und Vorstellungsrunde erfolgte eine Bestandsaufnahme zum Thema Lebensqualität älterer Menschen im Quartier. Die leitende Frage war ‚Wie lebt es sich für ältere Menschen in ...?‘, d.h. dem jeweiligen Stadtteil. Die Befragten wurden darum gebeten, sich bei ihren Äußerungen auf den Stadtteil zu beziehen, die Grundfrage nach Möglichkeiten, im Quartier selbstständig älter zu werden, zu berücksichtigen und die Perspektive älterer Menschen im Stadtteil einzunehmen. Grundidee war, dass die Teilnehmenden im Sinne eines Mosaiks verschiedene Teile zusammentragen sollten, um am Ende ein Gesamtbild zu erhalten. Die in freier Diskussion genannten Aspekte wurden vom Moderationsteam notiert und den Themengebieten Wohnen, Gesundheit und Pflege, Mobilität, soziale Bezüge und Lebensgestaltung sowie Grundversorgung zugeordnet. Diese Themenauswahl orientierte sich an zentralen Kategorien wie sie im „Leitfaden zur Erstellung altersgerechter integrierter Konzepte für Kommunen“ (2013) beschrieben wurden. (Bombach et al. 2013) Im letzten Teil des Workshops wurde diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten vor Ort bestehen“.
  
- **Bürgergespräch im Rahmen der Seniorenwochen Osnabrück:** Im Rahmen der Seniorenwochen waren die Bürgerinnen und Bürger zu einem Bürgergespräch zum Stadtentwicklungskonzept eingeladen. Rund 40 Teilnehmende sprachen über die Themen „Wohnen“, „Mobilität“ und „Kontakte“.



## 6. Anhang

### 6.1. Literaturnachweise und -hinweise

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat: Homepage. URL: <http://www.laendlicherraum.bayern.de/themen/demographie-leitfaden/fachinformationen-der-ressorts/generation-familie/seniorenpolitik.html>. Letzter Zugriff: 30.05.2015

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2015): Stadt für alle Lebensalter. Wo deutsche Kommunen im demographischen Wandel stehen und warum sie altersfreundlich werden müssen. Berlin.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2014): Von Hürden und Helden – Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin. Bertelsmann Stiftung: Sozialplanung für Senioren, URL: <http://www.sozialplanung-senioren.de/das-instrument/i-allgemeine-einfuehrung/index.html?L=0%5C%5C%5C%5C%5C%2F%5C%27tyle.display>, letzter Zugriff: 29.5.2015.

Bertelsmann Stiftung: Typ 5. Städte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen. URL: <http://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/33037/Demographie-typ+5.pdf>. Letzter Zugriff: 29.5.2015. Bertelsmann Stiftung Themenreport „Pflege 2030“. Was ist zu erwarten - Was ist zu tun? Gütersloh.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), 2005: Fünfter Altenbericht. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Berlin: BMFSFJ.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), (2010): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft. URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/bt-drucksache-sechster-altenbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>. Letzter Zugriff: 29.5.2015.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.), (2012): Dokumentation der Konferenz „Altersbilder im Wandel“. URL: <http://www.konferenz-altersbilder.de/fileadmin/altersbilder/pdf/Konferenzdokumentation.pdf>. letzter Zugriff: 10. September 2015.

Deutsches Zentrum für Altersfragen DZA (Aktuelle Homepage): Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. URL: <https://www.siebter-altenbericht.de>.



Deutsches Zentrum für Altersfragen DZA (Hrsg.) (2013): Aktives Altern: Erwerbsarbeit und freiwilliges Engagement. Report Altersdaten Heft 2/2013. URL: [http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Gerostat\\_Report\\_Altersdaten\\_Heft\\_2\\_2013\\_PW.pdf](http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Gerostat_Report_Altersdaten_Heft_2_2013_PW.pdf). Letzter Zugriff: 10. September 2015

Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein (Hrsg.) (2006): Aufwind – Von der Begegnungsstätte zum Begegnungs- und Servicezentrum für ältere Menschen.

Hahn, Kathrin (2011): Alter, Migration und soziale Arbeit. Zur Bedeutung von Ethnizität in Beratungsgesprächen der Altenhilfe. transcript (Bielefeld).

Kremer-Preiß, U./Stolarz, H. (2003): Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsanalyse. Bertelsmann Stiftung u. Kuratorium Deutsche Altershilfe (Hrsg.) Köln.

Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2006): Wohnen im Alter. Bericht der Landesregierung. Drucksache 4/2978. Potsdam.

Sarcinelli, Ulrich/Stopper, Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, URL: <http://www.bpb.de/apuz/29726/demographischer-wandel-und-kommunalpolitik?p=all>. Letzter Zugriff: 10. Juli 2015

Sinus Sociovision (2005): Best Age – dem Hype auf der Spur. In: NAVIGATOR. Der Newsletter von Sinus Sociovision, Ausgabe 3/2005.

Kraft, J.W.: Der Demenz begegnen – Demenznetzwerk Coburg. Vortrag beim 8. Bayerischen Geriatrietag am 5. Juli 2012 in München. URL: [http://www.stmgp.bayern.de/krankenhaus/geriatrie/8\\_bayer\\_geriatrietag/doc/presentation\\_geriatrietag\\_kraft.pdf](http://www.stmgp.bayern.de/krankenhaus/geriatrie/8_bayer_geriatrietag/doc/presentation_geriatrietag_kraft.pdf). Letzter Zugriff: 10. Juli 2015

Kuratorium Deutsche Altershilfe KDA (2009): Zielsetzung des Wettbewerbs und der Arbeit des KDA für mehr Selbstbestimmung und Lebensqualität. Preisverleihung des bundesweiten Wettbewerbs „Das hilfreiche Alter hilfreicher machen“ der Stiftung ProAlter am 7. Oktober 2009 in Köln. Vortrag Peter Michell-Auli. URL: <http://wettbewerb-pro-alter.de/wp-content/uploads/2009/10/2009-10-7-stiftung-pro-alter-michell-auli.pdf>. Letzter Zugriff: 10. Juli 2015

Simonson, J. / Hagen, C. / Vogel, C. / Motel-Klingebiel, A. (2013): Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie. Berlin.

Ünal, Arif (2011): Aktives Altern – Gesundheitsförderung und Prävention bei Senioren mit Migrationshintergrund, URL: [https://www.lzg.nrw.de/\\_media/pdf/service/veranstaltungen/110210\\_gesundheitimalter/uenal\\_aktives\\_altern\\_10-02-2011\\_duesseldorf.pdf](https://www.lzg.nrw.de/_media/pdf/service/veranstaltungen/110210_gesundheitimalter/uenal_aktives_altern_10-02-2011_duesseldorf.pdf). Letzter Zugriff: 10. Juli 2015



Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (2015): VERBANDSTHEMA 2014 – GUTES LEBEN IM ALTER. Verbraucherpolitische Aspekte des Demografischen Wandels am Beispiel Wohnen - Pflege - Haushaltsbezogene Dienstleistungen. Abschlussbericht der Netzwerkgruppe. Berlin. Letzter Zugriff: 10. Juli 2015

Volkman, Anne(2012): Quartierseffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik. GRAUE REIHE Forum Stadt- und Regionalplanung e.V. (Hrsg.). Berlin.

WHO (2002) Aktiv altern. Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln. Genf: WHO. URL: [http://whqlibdoc.who.int/hq/2002/WHO\\_NMH\\_NPH\\_02.8\\_ger.pdf](http://whqlibdoc.who.int/hq/2002/WHO_NMH_NPH_02.8_ger.pdf). Letzter Zugriff: 7.6.2015.

## **6.2. Presseartikel**

Die Welt 27.07.2011, Zugriff unter <http://www.welt.de/finanzen/immobilien/article13510981/A-eltere-Menschen-lockt-es-wieder-aufs-Land.html>)